

KONJUNKTURAUFSCHWUNG LÄSST INDUSTRIEPRODUKTION UND BESCHÄFTIGUNG KRÄFTIG WACHSEN

PROGNOSE FÜR 1998 UND 1999

Die österreichische Wirtschaft expandiert 1998 und 1999 real um 2¾% bzw. 3%. Zur anhaltend kräftigen Zunahme des Warenexports kommt eine beschleunigte Ausweitung der Investitions- und Konsumnachfrage. Die Beschäftigung wächst kräftig und erreicht einen neuen Höchststand. Allerdings liegt auch die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau.

Österreichs Wirtschaft wuchs 1997 real um etwa 2½%. Die hohe Dynamik im Warenexport leistete hierfür einen wichtigen Beitrag. Die Rahmenbedingungen für den Export bleiben weiterhin günstig: Stabile Wechselkurse, niedrige nominelle Zinsen, weniger restriktive Fiskalpolitik und niedrige Erdölpreise lassen in Westeuropa eine Beschleunigung der Expansion erwarten. Die Nachfrage aus Ost-Mitteuropa bleibt dynamisch, auch weil diese Länder die Importbeschränkungen lockern. Der starke Rückgang der relativen Lohnstückkosten in einheitlicher Währung verbessert die preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exporteure im Zeitraum 1995 bis 1999 um etwa 10% und sollte ihnen ermöglichen, ihre Marktposition weiter auszubauen. Unter diesen Bedingungen wird der Warenexport 1998 real um 10% und im Jahr darauf um 8½% zunehmen.

Auch die Importe real wachsen aufgrund der engen Verflechtung mit dem Export und der steigenden Inlandsnachfrage kräftig. Allerdings steigen die Importpreise wegen des starken Rückgangs der Erdölpreise nicht, die Handelsbilanz wird merklich entlastet. Die Stabilisierung des Reiseverkehrssaldos – der Überschuss beträgt 1998 etwa 17 Mrd. S – resultiert aus günstigeren Rahmenbedingungen im Tourismus und einem geringeren Anstieg der Ausgaben der Österreicher im Ausland. Das Defizit in der Leistungsbilanz geht um mehr als 10 Mrd. S auf etwa 36 Mrd. S zurück.

Die kräftige Ausweitung des Warenexports und die Erholung der Inlandsnachfrage bewirken hohe Produktionszuwächse in der Sachgütererzeugung (1998 real +5%). Die anhaltend starke Nachfrage der Basisindustrie und der techni-

Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1995	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt					
Real	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,0
Nominell	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,9	+ 4,1	+ 4,6
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 1,0	+ 1,2	+ 4,3	+ 5,0	+ 4,3
Privater Konsum, real	+ 2,9	+ 2,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 1,9	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,3	+ 4,6
Ausrüstungen	+ 3,1	+ 3,7	+ 4,2	+ 6,0	+ 7,0
Bauten	+ 0,6	+ 2,8	+ 3,2	+ 1,0	+ 2,5
Warenexporte²⁾					
Real	+12,1	+ 5,3	+14,9	+10,0	+ 8,5
Nominell	+13,2	+ 5,5	+16,4	+11,4	+ 9,9
Warenimporte²⁾					
Real	+ 5,7	+ 6,1	+ 7,9	+ 8,0	+ 8,0
Nominell	+ 6,2	+ 6,7	+ 9,5	+ 8,0	+ 9,6
Handelsbilanzsaldo ²⁾	Mrd. S -88,0	Mrd. S -100,6	Mrd. S -68,1	Mrd. S -49,1	Mrd. S -51,6
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. S -47,0	Mrd. S -43,4	Mrd. S -47,7	Mrd. S -36,0	Mrd. S -37,2
In % des BIP	- 2,0	- 1,8	- 1,9	- 1,4	- 1,4
Sekundärmarktrendite ³⁾	in % 7,1	in % 6,3	in % 5,7	in % 5,2	in % 5,7
Verbraucherpreise	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5
Arbeitslosenquote					
In % der Erwerbspersonen ⁴⁾	3,9	4,4	4,4	4,5	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,6	7,0	7,1	7,3	7,1
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 0,0	- 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,0

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Laut ÖSTAT. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (benchmark). – ⁴⁾ Laut Eurostat. – ⁵⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁶⁾ Ohne Präsenzdienner und Bezieher von Karenzurlaubsgeld.

schen Verarbeitung wird immer mehr durch eine Verbesserung der Auftragslage in der Konsumgütererzeugung ergänzt. Damit sollte die Beschäftigung in Industrie und Gewerbe erstmals seit Jahren nicht mehr zurückgehen, zugleich sollte die Bereitschaft zu Maschinen- und Fahrzeuginvestitionen steigen.

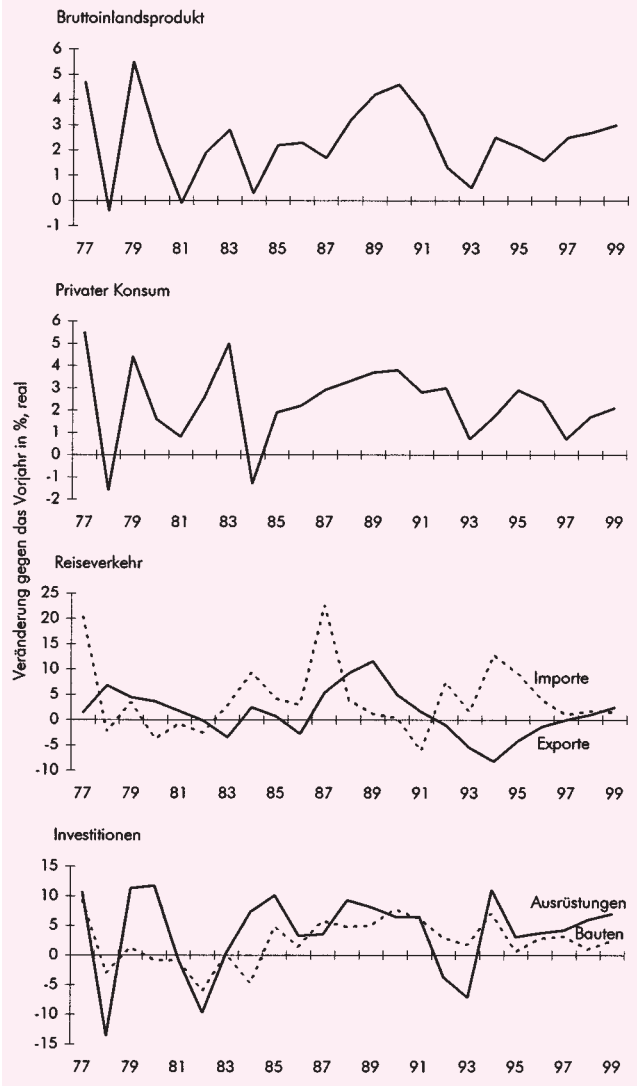
In der Bauwirtschaft bleibt die Nachfrage nach Wohnungssanierung und -adaptierungsleistungen sowie Ausbau und Sanierung des Schienen- und Straßennetzes hoch. Hingegen wird der Wohnungsneubau nach der starken Ausweitung in den letzten Jahren deutlich rückläufig sein. Der Wirtschaftsbau dürfte – etwa im Tourismus – langsam an Dynamik gewinnen. Insgesamt bleibt die Bauproduktion 1998 noch schwach (real +1%) und erholt sich erst 1999 etwas.

Nach zwei Jahren eines kräftigen Rückgangs der realen Nettomasseneinkommen sind für 1998 und 1999 merkliche Zuwächse zu erwarten. Die Bruttoeinkommen sollten im Zuge der guten Wirtschaftsentwicklung deutlich rascher als bisher steigen; die Budgetpolitik wirkt nicht mehr so restriktiv, und ab 1999 setzt das „Familienpaket“ expansive Impulse. Das Wachstum der verfügbaren Einkommen erlaubt eine stärkere Ausweitung des privaten Konsums – vor allem an dauerhaften Konsumgütern. Insgesamt wird für 1998 und 1999 eine Zunahme der realen Konsumnachfrage von 1¼% bzw. gut 2% erwartet.

Sofern es gelingt, den Erdölpreiserückgang stärker auf Verbraucherebene zu realisieren und eine Übertragung der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland auf Österreich zu verhindern, wird der Preisauftrieb weiterhin sehr gering sein. Mit einer Inflationsrate von 1,2% (1998) bzw. 1,5% (1999) herrscht weitgehend Preisstabilität.

Produktion und Nachfrage

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %



Aufgrund der starken Ausweitung der Güter- und Dienstleistungsnachfrage steigt der Bedarf an Arbeitskräften erheblich. Im Dienstleistungsbereich wird die Beschäftigung – vor allem von Frauen und in Teilzeitverhältnissen – bereits beträchtlich ausgeweitet, in der Sachgütererzeugung geht die Arbeitskräftenachfrage trotz hoher Produktivitätssteigerungen 1998 nicht mehr zurück. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Präsenzdienner und Bezieher von Karenzurlaubsgeld) wird in beiden Prognosejahren um knapp 30.000 Personen zunehmen. Viele Frauen, die nun eine Beschäftigung finden, standen dem Arbeitsmarkt bislang nicht zur Verfügung. Gleichzeitig erhöhen die Kürzung der Bezugsdauer des Karenzurlaubsgeldes, geringere Neuzugänge in die Frühpension und das Auslaufen der Sonderunterstützungszahlungen das Arbeitskräfteangebot erheblich. Bei starken Beschäftigungszuwächsen steigt deshalb auch die Arbeitslosigkeit leicht. Im Jahresdurchschnitt 1998 werden etwa 240.000 Arbeitslose vorgemerkt sein, die Arbeitslosenquote beträgt 4,5% der Erwerbspersonen

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1995	1996	1997	1998	1999
			Mrd. S		
<i>Budgetpolitik</i>					
Budgetsaldo des Bundes, netto	-117,9	-89,4	-67,2	-67,3	-70,1
			In % des BIP		
Budgetsaldo des Bundes, netto	- 5,1	- 3,7	- 2,7	- 2,6	- 2,6
<i>Finanzierungssaldo laut VGR</i>					
Alle öffentlichen Haushalte	- 5,1	- 4,0	- 2,5	- 2,3	- 2,3
			In %		
<i>Geldpolitik</i>					
Dreimonatszinssatz (VIBOR)	4,6	3,4	3,5	3,7	4,2
Sekundärmarkttrendite ¹⁾	7,1	6,3	5,7	5,2	5,7
Sekundärmarkttrendite, gesamt	6,5	5,3	4,8	4,9	5,4
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Effektiver Wechselkurs</i>					
Nominell	+ 3,9	- 1,5	- 2,3	- 0,0	+ 0,8
Real	+ 3,2	- 2,1	- 3,3	- 1,3	- 0,2

¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (benchmark).

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1995	1996	1997	1998	1999
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Bruttoinlandsprodukt, real</i>					
OECD insgesamt	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5
USA	+ 2,0	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,0
Japan	+ 1,5	+ 3,9	+ 0,9	± 0,0	+ 1,5
EU	+ 2,8	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,0
Deutschland	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,0
Ost-Mitteleuropa	+ 5,4	+ 4,7	+ 4,3	+ 4,5	+ 5,0
Welthandel, real	+ 9,5	+ 6,8	+ 9,6	+ 6,6	+ 6,7
Marktwachstum ¹⁾ Österreichs	+ 8,6	+ 6,3	+10,9	+ 7,3	+ 6,7
<i>Weltmarkt-Rohstoffpreis²⁾</i>					
Insgesamt	+10,0	+ 3,0	- 2,0	- 7,0	+ 4,0
Ohne Rohöl	+11,0	- 9,0	+ 0,0	+ 5,0	± 0,0
Erdölpreis ³⁾	\$ je Barrel	17,2	20,6	19,1	15,5
Wechselkurs	\$ je \$	10,08	10,59	12,20	12,90

¹⁾ Reales Importwachstum der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen.
²⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. – ³⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

laut EU Labour Force Survey und 7,3% der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktservice.

Das Budgetdefizit konnte zwischen 1995 und 1997 auf 2½% des BIP halbiert werden. Das kräftigere Einkommens- und Beschäftigungswachstum läßt das Lohnsteueraufkommen und die Sozialversicherungsbeiträge auch im Prognosezeitraum stark zunehmen. Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte verringert sich – vor allem aufgrund großzügiger Familienförderung – allerdings nur noch leicht auf 2¼% des BIP (1999).

KONJUNKTURAUFSCWUNG IN EUROPA GEWINNT AN BREITE

Relativ stabile Wechselkurse im Europäischen Währungssystem, weniger restriktive Fiskalpolitik, niedriges nominelles Zinsniveau und sinkende Erdölpreise bilden günstige Rahmenbedingungen für die weitere Konjunkturentwicklung in Europa. Die kräftige Expansion des Exports wird zunehmend von höherer Dynamik der Investitions- und Konsumnachfrage begleitet. Das reale Wirtschaftswachstum beschleunigt sich in der EU auf fast 3%. Dennoch bleibt die Arbeitslosigkeit vorerst sehr hoch (Arbeitslosenquote 10¾%).

In der Europäischen Union hat Mitte 1996 ein Konjunkturaufschwung nach „klassischem“ Muster eingesetzt: Die Impulse kamen zunächst von einer merklichen Belebung der Exportnachfrage. In einigen Ländern – die aufgrund einer engeren Verflechtung mit der weiterhin sehr kräftigen nordamerikanischen Konjunktur, günstigen Wechselkursrelationen oder anderen Sonderfaktoren besonders begünstigt waren – gewann der Aufschwung

schon 1997 an Breite: Investitions- und Konsumnachfrage verstärkten sich und lieferten wesentliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse. Für andere kontinentaleuropäische Länder – vor allem Deutschland und Frankreich – galt dieses Muster allerdings noch nicht, das Wachstum der Inlandsnachfrage blieb mäßig. Dafür waren u. a. die umfangreichen Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verantwortlich, welche die verfügbaren Einkommen und den privaten Konsum merklich dämpften. Erst gegen Ende 1997 zeigten sich hier erste Anzeichen einer vorsichtigen Belebung der Investitionstätigkeit.

Der Übergang von einem primär vom Export zu einem stärker von der Inlandsnachfrage getragenen Aufschwung bildet oft eine heikle Phase des Konjunkturverlaufs. 1994/95 war dieser Übergang nicht erfolgreich – der zunächst kräftige Aufschwung geriet schon nach kurzer Zeit ins Stocken. Heute scheinen die Bedingungen in mehrfacher Hinsicht merklich günstiger: Im Gegensatz zur Mitte der neunziger Jahre bestehen nun stabile Wechselkurse, die mit dem Eintritt in die Währungsunion für 11 Mitgliedsländer auch dauerhaft abgesichert werden; das nominelle langfristige Zinsniveau ging in den letzten Monaten – aufgrund des schrittweisen Übergangs zur Währungsunion und der Kapitalzuflüsse im Zuge der Asienkrise – vor allem in den südeuropäischen Ländern, aber auch in Deutschland und Frankreich merklich zurück; die besonders restriktiv wirkenden Maßnahmen der Budgetkonsolidierung sind weitgehend abgeschlossen; die Rohölpreise sind seit Jahresende 1997 um mehr als ein Viertel gesunken (der durchschnittliche Importpreis der OECD-Länder wird 1998 bei nur mehr 15½ \$ je Barrel liegen) – ein zusätzlicher positiver Stimulus. Damit hat die gegenwärtige Wirtschaftslage manche Ähnlichkeiten mit jener von 1986/87, die den Ausgangspunkt für einen langen und kräftigen Aufschwung bildete.

Unter diesen günstigen Rahmenbedingungen beschleunigt sich das reale Wirtschaftswachstum in der EU leicht

von 2,6% 1997 auf 2¼% heuer und knapp 3% 1999. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien auf die europäische Wirtschaft dürften sehr verhalten bleiben. Die Konjunkturbelebung sollte mit dazu beitragen, den Übergang in die Währungsunion friktionsfrei zu gestalten. Das anziehende gesamtwirtschaftliche Wachstum zeigt erste positive Effekte auf den Arbeitsmärkten und in den öffentlichen Haushalten. Trotz einer Belebung der Inlandsnachfrage wird der Überschuß in der Leistungsbilanz der EU weiterhin hoch bleiben – er beträgt etwa 1½% des BIP.

Die Wirtschaft von Österreichs wichtigsten Handelspartnern in Westeuropa – Deutschland, Italien und der Schweiz – wächst langsamer als der EU-Durchschnitt. In Ost-Mitteuropa hingegen steigen Produktion und Nachfrage weiterhin sehr kräftig.

In Deutschland ist der Konjunkturaufschwung im vergangenen Jahr schleppender vorangekommen, als von vielen Prognoseinstituten erwartet. Dämpfend wirkte vor allem die tiefe Krise der Bauwirtschaft, aber auch die anhaltende Stagnation des privaten Konsums. Deutschland wies in den letzten Jahren als einziges Land der EU einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit aus, die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich 1997 trotz des Exportbooms noch merklich verschärft (Arbeitslosenquote 9¼%). Erst im 2. Halbjahr 1997 waren vorsichtige Anzeichen einer Erholung der Ausrüstungsinvestitionen zu erkennen. Eine Stabilisierung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und die steuerlichen Veränderungen (Senkung des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer, Mehrwertsteuererhöhung vom 1. April) könnten dem privaten Konsum Impulse verleihen, allerdings dürfte dessen Wachstum nicht weit über 1% liegen. Mit höherer Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen und einem anhaltend positiven Wachstumsbeitrag des Außenhandels könnte das BIP gegenüber dem Vorjahr real um 2½% zunehmen.

Italien erzielte 1997 ein angesichts der Lira-Aufwertung und der außerordentlich restriktiven Fiskal- und Geldpolitik erstaunlich hohes Wirtschaftswachstum von knapp 1½%. Allerdings zeichnete allein eine Verschrottungsprämie für Altautos für einen Anstieg des privaten Konsums von 1% gegenüber dem Vorjahr verantwortlich. Der starke Zinsrückgang im kurz- und langfristigen Bereich liefert im Zusammenhang mit dem Übergang in die Währungsunion einen positiven Impuls für die italienische Konjunktur. Die weiterhin restriktiv orientierte Fiskalpolitik wird das Wirtschaftswachstum aber 1998 und 1999 um gut ½ Prozentpunkt unter dem europäischen Durchschnitt halten.

Die Wirtschaft der Haupthandelspartner Österreichs in der EU entwickelt sich wie die der Schweiz etwas unterdurchschnittlich. Kräftig bleibt dagegen weiterhin die

Wachstumsdynamik in Ost-Mitteuropa. Vom stärkeren Konjunkturaufschwung in Westeuropa sollten auch die osteuropäischen Exporte profitieren, die Importbeschränkungen werden weniger zwingend, das Wachstumspotential erhöht sich. In Ungarn kommt die Erholung nach den Stabilisierungsmaßnahmen von 1996 zügig voran, der Warenimport dürfte um etwa 15% pro Jahr zunehmen. Auch in der Slowakei, in Polen und Kroatien wächst die Wirtschaft vorerst weiterhin, in Tschechien dürfte sie sich erst 1999 merklich erholen.

KRÄFTIGES EXPORTWACHSTUM UND SINKENDE ERDÖLPREISE ENTLASTEN DIE HANDELSBILANZ

Hohes Marktwachstum, günstige Wechselkurse und hohe Produktivitätszuwächse in der Industrie lassen eine unverändert kräftige Ausweitung der Warenexporte erwarten. Die Importpreise erhöhen sich nicht. Der Saldo der Handelsbilanz verbessert sich merklich.

Aufgrund der anhaltend starken Expansion in Ost-Mitteuropa und der Konjunkturbelebung in der EU bleibt das errechnete Marktwachstum für die österreichischen Exporteure hoch – bei etwa 8% pro Jahr. Bedingt durch die günstige Entwicklung der Wechselkurse, die hohen Produktivitätszuwächse und die zurückhaltende Lohnpolitik dürften die relativen Lohnstückkosten in der Periode 1995/1999 um mehr als 10% zurückgehen. Die günstige Kosten- und Preisentwicklung sollte merkliche Gewinne an Marktanteilen ermöglichen. Dies läßt ein Anhalten der Dynamik im Warenexport erwarten: Die Zuwachsrate ist mit etwa 10% pro Jahr beeindruckend hoch, erreicht aber nicht mehr das vom ÖSTAT für 1997 ausgewiesene Wachstum (real +15%). Nach wie vor bestehen erhebliche Unterschiede zwischen der Außenhandelsstatistik des ÖSTAT und der Zahlungsbilanzstatistik der OeNB – letztere ermittelt für 1997 eine nominelle Zunahme der Zahlungen für Warenexporte von nur 12%.

Die Importausweitung bleibt (vor allem in nomineller Rechnung) merklich hinter der Exportentwicklung zurück. Dies ist primär auf die – wegen der starken Ausweitung der Förderung und der schwachen Nachfrage in den Industrieländern – niedrigen Rohölpreise zurückzuführen: Der durchschnittliche Importpreis der OECD sinkt von 19 \$ je Faß im Jahr 1997 auf 15½ \$ 1998, für 1999 wird eine geringfügige Verteuerung erwartet. Die niedrigen Erdölpreise wirken vor allem preisdämpfend. Auch leicht expansive Wachstumseffekte können auftreten, allerdings hat sich die Primärenergieintensität der Produktion in den Industrieländern im Vergleich zum Beginn der siebziger Jahre fast halbiert. Aufgrund der engen Verflechtung zwi-

schen Export- und Importdynamik und der Erholung der Inlandsnachfrage wachsen Österreichs Warenimporte in beiden Prognosejahren real mit +8% kräftig.

Aus der günstigen österreichischen Exportperformance und der Stagnation der Importpreise 1998 ergibt sich eine merkliche Entlastung der Handelsbilanz, das Defizit sinkt laut Außenhandelsstatistik auf 50 Mrd. S. Einschließlich des Saldos der „Nicht aufteilbaren Leistungen“ (laut Zahlungsbilanz) ergibt sich für die Jahre 1996 und 1997 ein Defizit von etwa 90 Mrd. S, für den Prognosezeitraum von knapp 80 Mrd. S.

SINKENDES DEFIZIT IN DER LEISTUNGSBILANZ

Die Verbesserung der Warenverkehrsbilanz entlastet auch die Leistungsbilanz. Diese wies in den neunziger Jahren durch die Probleme der Angebotsstruktur im Sommertourismus, die markante Höherbewertung des Schillings und die umfangreichen Nettozahlungen an die EU ein erhebliches Defizit aus. 1997 betrug der Abgang knapp 2% des BIP. Für 1998 wird eine Verringerung des Defizits auf etwa 36 Mrd. S (knapp 1½% des BIP) erwartet.

Der Überschuß in der Reiseverkehrsbilanz dürfte sich auf dem niedrigen Niveau von 1997 stabilisieren (¾% des BIP), er ist um mehr als 50 Mrd. S geringer als Anfang der neunziger Jahre. Der Reiseverkehrsexport steigt 1998 erstmals leicht (real +1%). Die günstigen Wechselkursrelationen und die Belebung der europäischen Konjunktur tragen dazu wesentlich bei. Gehobene Qualitätskategorien schneiden weiterhin merklich besser ab als Privatunterkünfte. Der Städtetourismus entwickelt sich relativ günstig. Die Wettbewerbssituation des österreichischen Tourismus könnte sich in der Währungsunion weiter verbessern, wenn Abwertungen wichtiger Konkurrenten nicht mehr möglich sind. Auch auf der Importseite ergibt sich eine Stabilisierung: Die Ausgaben der Österreicher im Ausland werden nach den kräftigen Zuwächsen zwischen 1992 und 1996 (real +7% pro Jahr) aufgrund der veränderten Wechselkursrelationen nur noch um etwa 1½% pro Jahr zunehmen.

NIEDRIGES NOMINALZINSNIVEAU

Die kurzfristigen Zinssätze sind seit 1996 weitgehend stabil. Die weitere Zinsentwicklung wird wesentlich von den Bedingungen bestimmt, unter denen die Angleichung des kurzfristigen Zinsniveaus in den Teilnehmerländern der Währungsunion erfolgt. Das WIFO nimmt für die vorliegende Konjunkturprognose eine leichte Erhöhung der Zinssätze bis 1999 an. Allerdings sind mit dem Übergang der zinspolitischen Kompetenz auf die Europäische Zentralbank mit Jahresbeginn 1999 völlig neue Rahmenbedingungen gegeben, die eine Ver-

Produktivität

	1995	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Gesamtwirtschaft					
Bruttoinlandsprodukt, real	+2,1	+1,6	+2,5	+2,7	+3,0
Erwerbstätige ¹⁾	+0,2	-0,5	+0,4	+0,8	+0,9
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+1,9	+2,1	+2,2	+1,9	+2,0
Sachgütererzeugung					
Produktion ²⁾		+1,3	+4,3	+5,0	+4,3
Beschäftigte		-2,9	-1,4	±0,0	-0,3
Stundenproduktivität ³⁾		+4,5	+5,5	+5,0	+4,6
Geleistete Arbeitszeit je Arbeiter		-0,3	+0,2	±0,0	±0,0

¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert. – ³⁾ Produktion je geleistete Arbeiterstunde.

gleichbarkeit mit aktuellen Werten erschweren. Die langfristigen Zinssätze sind aufgrund des regen Kapitalzuflusses im Zusammenhang mit der Krise in Südostasien in den letzten Monaten deutlich gesunken. Vor allem konjunkturbedingt dürfte die Sekundärmarktrendite in den Teilnehmerländern der Währungsunion im Prognosezeitraum etwas steigen.

KRÄFTIGE EXPANSION DER SACHGÜTERERZEUGUNG

Die Dynamik des Warenexports geht mit einer kräftigen Ausweitung der Sachgüterproduktion einher, und zunehmend kommen auch aus dem Inland Nachfrageimpulse. Die Produktion sollte 1998 so stark expandieren (real +5%), daß die Beschäftigung im produzierenden Sektor trotz weiterhin hohen Produktivitätsanstiegs erstmals seit Jahren nicht mehr zurückgeht. Im Zuge der Belebung der Nachfrage sollte auch das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen kräftig bleiben.

Alle Konjunkturindikatoren der Sachgütererzeugung liefern positive Signale. Die Selbstfinanzierungskraft der Industrie ist 1997 merklich gestiegen, die preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Haupthandelspartnern hat sich deutlich verbessert. Laut WIFO-Konjunkturtest vom I. Quartal 1998 haben sich die Auslandsaufträge auf hohem Niveau stabilisiert, und die Produktionserwartungen blieben optimistisch – besonders im Basissektor, der Chemieindustrie, aber auch in der technischen Verarbeitung. Die Produktionserwartungen der Konsumgüterproduzenten hellten sich – von niedrigem Niveau aus – zuletzt etwas auf.

Die Sachgütererzeugung produzierte 1997 um gut 4% mehr als im Vorjahr. Das Wachstum sollte sich 1998 weiter beschleunigen (+5%), weitere Branchen erfassen und auch 1999 hoch bleiben. Trotz einer neuerlich deutlichen Zunahme der Stundenproduktivität (etwa

Entwicklung der Nachfrage

	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1983)</i>						
Privater Konsum ¹⁾	970,0	986,4	1.007,2	+0,7	+1,7	+2,1
Öffentlicher Konsum	282,5	285,3	288,7	+0,9	+1,0	+1,2
Bruttoanlageinvestitionen	445,0	459,5	480,6	+3,6	+3,3	+4,6
Ausrüstungen (netto) ²⁾	190,9	202,4	216,5	+4,2	+6,0	+7,0
Bauten (netto) ²⁾	231,9	234,3	240,1	+3,2	+1,0	+2,5
Lagerbewegung und Statistische Differenz	16,2	19,5	21,4			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1.713,7	1.750,7	1.797,8	+2,4	+2,2	+2,7
Plus Exporte i. w. S.	941,6	1.025,0	1.100,9	+6,8	+8,9	+7,4
Reiseverkehr	102,1	103,2	105,7	±0,0	+1,0	+2,5
Minus Importe i. w. S.	948,9	1.023,1	1.094,3	+2,5	+2,7	+3,0
Reiseverkehr	96,0	97,7	99,1	+1,0	+1,8	+1,5
Bruttoinlandsprodukt	1.706,4	1.752,6	1.804,4	+1,6	+2,7	+3,0
Nominell	2.516,9	2.619,0	2.739,5	+3,9	+4,1	+4,6

¹⁾ Einschließlich Eigenkonsum der privaten Dienste ohne Erwerbscharakter. – ²⁾ Ohne Mehrwertsteuer.

+5% pro Jahr) wird sich die Beschäftigung in der Sachgütererzeugung – nach Jahren kräftigen Rückgangs – nunmehr stabilisieren. Vor allem einige Bereiche der technischen Verarbeitung (etwa Maschinenbau oder Metallbereich) weiten ihre Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr schon merklich aus.

Kräftige Belebung der Nachfrage, Verbesserung der Erwartungen, ausgezeichnete Gewinnlage und niedrige Fremdfinanzierungskosten sollten die Unternehmen zur Ausweitung der Investitionstätigkeit veranlassen. Zunehmend dürften neben den umfangreichen Rationalisierungsinvestitionen auch Erweiterungsinvestitionen nötig werden. Die Industrie trägt etwa ein Drittel der Ausrüstungsinvestitionen bei. Im Basissektor und der technischen Verarbeitung sind die Investitionen schon seit 1996 hoch, hier zeichnet sich keine Veränderung ab. Mit der fortschreitenden Erholung der Konjunktur sollte aber auch im Gewerbe und in verschiedenen Dienstleistungsbranchen die bislang noch schwache Investitionsneigung steigen. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften real um 6% (1998) bzw. 7% (1999) zunehmen.

WOHNUNGSSANIERUNGEN UND TIEFBAU TRAGEN DIE BAUKONJUNKTUR

Für die Bauwirtschaft liegt erstmals seit längerer Zeit wieder eine Statistik der Produktionswerte vor. Diese zeigt für den Jahresdurchschnitt 1997 einen realen Anstieg der Wertschöpfung um etwa 3% – deutlich mehr, als zum letzten Prognosetermin im Dezember angenommen wurde. Das Wachstum konzentrierte sich allerdings auf das I. Quartal 1997, in dem die Produktion dank der außergewöhnlich günstigen Witterung besonders kräftig wuchs. In den Folgequartalen stagnierten die Umsätze. Bedingt durch steuerliche Anreize wurde vor allem der Sanierungsbau stark ausgeweitet. 1998 sollte in diesem Bereich das sehr hohe Niveau gehalten werden können. Hingegen ist im Wohnungsneubau – trotz reichlicher

Entwicklung der realen Wertschöpfung

	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	Zu Preisen von 1983 in Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	405,9	426,2	444,5	+4,3	+5,0	+4,3
Energie- und Wasserversorgung	53,6	54,7	55,8	+2,6	+2,0	+2,0
Bauwesen	117,4	118,5	120,9	+3,0	+1,0	+2,0
Handel ²⁾	262,1	267,8	273,7	+2,1	+2,2	+2,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	56,4	57,1	58,2	+0,4	+1,2	+2,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	130,7	134,7	140,1	+3,0	+3,0	+4,0
Kredit- und Versicherungswesen	122,9	125,9	130,3	+2,8	+2,5	+3,5
Realitätenwesen ³⁾	174,7	179,9	186,2	+2,5	+3,0	+3,5
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	65,2	67,1	69,8	+2,0	+3,0	+4,0
Öffentliche Dienste	196,0	198,0	200,3	+0,9	+1,0	+1,2
Private Dienste ohne Erwerbscharakter	28,5	28,9	29,3	+1,5	+1,5	+1,5
Wertschöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft	1.613,2	1.658,8	1.709,2	+2,7	+2,8	+3,0
Land- und Forstwirtschaft	45,7	45,7	45,7	+1,7	±0,0	±0,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	1.659,0	1.704,5	1.754,9	+2,6	+2,7	+3,0
Bruttoinlandsprodukt	1.706,4	1.752,6	1.804,4	+2,5	+2,7	+3,0

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und unternehmensbezogener Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich häuslicher Dienste. – ⁵⁾ Vor Abzug der imputierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer.

Ausstattung mit Fördermitteln – mit einer merklichen Abschwächung zu rechnen. Der bestehende Nachfrageüberhang wurde in den letzten Jahren weitgehend abgebaut, und die Zahl der Bewilligungen ging im geförderten Wohnbau spürbar zurück. Die mäßige Einschätzung der Indikatoren im WIFO-Konjunkturtest durch die Bauwirtschaft bestätigt diese Tendenz. In Wien wurden einige Projekte im sonstigen Hochbau nun zur Umsetzung freigegeben (Museumsquartier, Entwicklung Wien-Mitte).

Im Tiefbau hat sich die Auftragslage verbessert. Durch Ausgliederung aus den öffentlichen Haushalten, neue Finanzierungsmodelle und Einnahmen aus der Autobahnmaut stehen zusätzliche Mittel für Ausbau und Sanierung des Schienen- und Straßennetzes zur Verfügung. Im Industriebau zeichnet sich vorerst noch keine Besserung ab. Allerdings sollte sich mit der Konjunkturbelebung auch die Nachfrage in diesem Bereich beleben. Vor allem im Tourismus lassen Umfragen eine deutlich steigende Investitionsbereitschaft erkennen. Bisher aufgeschobene Investitionspläne könnten angesichts der vorsichtigen Erholung im Tourismus umgesetzt werden. Die Bauproduktion wird insgesamt heuer noch schwach bleiben (+1%), für 1999 kann aber mit dem Einsetzen einer Erholung gerechnet werden.

GRÖßERE EINKOMMENSZUWÄCHSE ERMÖGLICHEN AUSWEITUNG DER KONSUMNACHFRAGE

Nach zwei Jahren kräftigen Rückgangs erhöhen sich die Nettoeinkommen je Arbeitnehmer 1998 und 1999 aus zwei Gründen leicht (jeweils etwa +1/2%):

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1995	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	+3,2	+1,7	+1,6	+2,0	+2,7
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
Brutto	+1,5	-0,8	-0,4	+0,8	+1,2
Netto	+0,5	-2,2	-2,4	+0,4	+0,7
Nettomasseneinkommen, nominell	+2,7	+0,9	+0,1	+2,6	+3,3
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+1,4	-0,5	-0,5	+0,2	+0,7
Verarbeitende Industrie	-0,6	-1,0	-3,8	-2,5	-1,5
Relative Lohnstückkosten ¹⁾					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	+2,1	-3,0	-4,1	-2,3	-0,9
Gegenüber der BRD	-0,2	-0,6	±0,0	-0,7	-0,1
Effektiver Wechselkurs Industriewaren					
Nominell	+3,0	-1,2	-1,8	±0,0	+0,6
Real	+2,6	-1,5	-2,6	-1,1	-0,3

¹⁾ In der verarbeitenden Industrie, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

- Zum einen sollten im Konjunkturaufschwung die Bruttoverdienste etwas kräftiger wachsen, und auch im öffentlichen Dienst steigen die Entgelte erstmals seit 1995 wieder stärker. Allerdings wirken Arbeitsmarkt- und Arbeitszeiflexibilisierung einkommensdämpfend, weil Sonderzahlungen, Überzahlungen über den Kollektivvertrag und Überstundenzahlungen zurückgehen. Trotz stärkerer Einkommenszuwächse der unselbständig Erwerbstätigen sinkt die Lohnquote weiter – die Einkommen aus Besitz und Unternehmung nehmen, wie für einen Konjunkturaufschwung typisch, etwa doppelt so rasch zu.
- Zum anderen gehen vom Budget keine weiteren dämpfenden Maßnahmen aus, die Pensionen werden 1998 wieder angehoben (+1,3%). Die Nettomasseneinkommen erhöhen sich kräftig, 1999 trägt das Inkrafttreten erster Maßnahmen aus dem „Familienpaket“ dazu etwa ¼ Prozentpunkt bei.

Bei steigenden verfügbaren Einkommen (real jeweils +2½%) wird auch der Konsum wieder stärker ausgeweitet. 1998 ist ein realer Zuwachs von 1¾%, 1999 von gut 2% zu erwarten. Vor allem die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wird – nach dem starken Rückgang 1997 wesentlich höher sein als im Vorjahr. Erfahrungsgemäß passen die Haushalte ihre Konsumpläne nur mit Verzögerung den Veränderungen des Einkommens an. Das Konsumwachstum bleibt damit hinter der Ausweitung des Einkommensspielraums zurück, die Sparquote nähert sich wieder einem „Normalniveau“ – 1999 erreicht sie 9% der verfügbaren Einkommen. Auch der Einzelhandel profitiert von der Belebung der Konsumnachfrage und der vorsichtigen Erholung im Tourismus. Im Großhandel sorgen Außenhandels- und Industriekonjunktur für steigende Umsätze.

PREISSTABILITÄT HÄLT AN

Der Preisaufrtrieb ist weiterhin sehr gering: Die Inflationsrate wird 1998 1,2% betragen, nach 1,3% im Jahr zu-

Privater Konsum

	1995	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Privater Konsum	+2,9	+2,4	+0,7	+1,7	+2,1
Dauerhafte Konsumgüter	+0,9	+8,0	-2,3	+3,5	+3,1
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+3,2	+1,6	+1,2	+1,4	+1,9
Nettomasseneinkommen	+1,2	-1,6	-1,8	+1,4	+1,8
Verfügbares persönliches Einkommen	+2,9	+0,7	-0,1	+2,5	+2,6
Sparquote, in % des verfügbaren Einkommens	10,2	8,6	7,9	8,6	9,0

vor. Neben sinkenden Lohnstückkosten und erheblichem Konkurrenzdruck bilden die rückläufigen Energiepreise einen wichtigen Bestimmungsgrund für diese Entwicklung. Der Erdölpreisverfall ist allerdings bislang noch nicht in vollem Ausmaß auf die Konsumentenebene durchgedrungen. Gleichermassen wird es Aufgabe der Konsumentenschützer sein, sicherzustellen, daß die Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland vom 1. April – etwa für Bücher oder Pkw – nicht auf Österreich übertragen wird. Auch für 1999 zeichnet sich aufgrund anhaltenden Konkurrenzdrucks auf den Märkten und des fehlenden Lohndrucks kein stärkerer Preisaufrtrieb ab. Konjunkturbedingt ist ein marginaler Anstieg der Inflation auf 1½% zu erwarten.

KRÄFTIGE BESCHÄFTIGUNGSZUWÄCHSE UND STEIGENDE ARBEITSLOSIGKEIT

Der enge Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung bleibt gewahrt: Die Produktionsausweitung läßt die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Präsenzdienster und Bezieher von Karenzurlaubsgeld) kräftig steigen (um knapp 30.000 Personen pro Jahr). Allerdings nimmt – u. a. institutionell bedingt – zur Zeit das Arbeitskräfteangebot stärker zu als die Nachfrage. Bei wachsender Beschäftigung erhöht sich deshalb auch die Arbeitslosigkeit leicht.

Der Jahresbeginn 1998 brachte unerwartet gute Beschäftigungszahlen. Kräftig steigt die Zahl der Arbeitnehmer weiterhin in den unternehmensnahen Dienstleistungen – hier dürfte auch die Leiharbeit ausgeweitet werden – und in den Gesundheitsdiensten. Frauen profitieren in diesen Sektoren überproportional, viele Beschäftigungsverhältnisse werden auf Teilzeitbasis abgeschlossen. In der Sachgütererzeugung geht die Beschäftigung dank der starken Produktionssteigerungen nicht mehr zurück. 1998 wird die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Präsenzdienster und Bezieher von Karenzurlaubsgeld) im Jahresdurchschnitt um 27.000 expandieren (+0,9%), für 1999 wird eine weitere Zunahme um 30.000 erwartet (+1%).

Arbeitsmarkt

	1995	1996	1997	1998	1999	
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000						
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	-12,3	-23,8	+ 8,8	+15,0	+25,0	
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	- 2,5	-20,9	+ 8,3	+14,0	+24,0	
Ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzurlaubsgeld	+ 0,6	-16,5	+12,8	+27,0	+30,0	
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Präsenzdienler und Bezieher von Karenzurlaubsgeld ¹⁾	- 3,2	- 4,4	- 4,4	-13,0	- 6,0	
Ausländische Arbeitskräfte ²⁾	+ 9,3	+ 0,0	- 1,6	+ 3,0	+ 3,0	
Selbständige ³⁾	- 9,8	- 2,9	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,0	
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Erwerbspersonen im Inland	-11,6	- 9,0	+11,7	+22,2	+20,0	
Ausländer	+ 8,7	+ 2,8	- 1,7	+ 2,0	+ 3,0	
Wanderung von Inländern	+ 5,6	+ 4,9	+ 5,0	+ 3,0	± 0,0	
Inländer	-25,9	-16,7	+ 8,4	+17,2	+17,0	
<i>Überschuß an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁴⁾	+ 0,8	+14,8	+ 2,8	+ 7,2	- 5,0	
Stand	in 1.000	215,7	230,5	233,3	240,5	235,5
<i>Arbeitslosenquote</i>						
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	3,9	4,4	4,4	4,5	4,4	
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	5,9	6,3	6,4	6,5	6,4	
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁴⁾	6,6	7,0	7,1	7,3	7,1	
Erwerbsquote ⁶⁾	67,5	67,2	67,2	67,4	67,5	
Beschäftigungsquote ⁷⁾	63,5	62,9	62,9	63,0	63,2	

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Bereinigt um statistische Brüche. – ³⁾ Laut WIFO. – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁵⁾ Laut Eurostat. – ⁶⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64jährige). – ⁷⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64jährige).

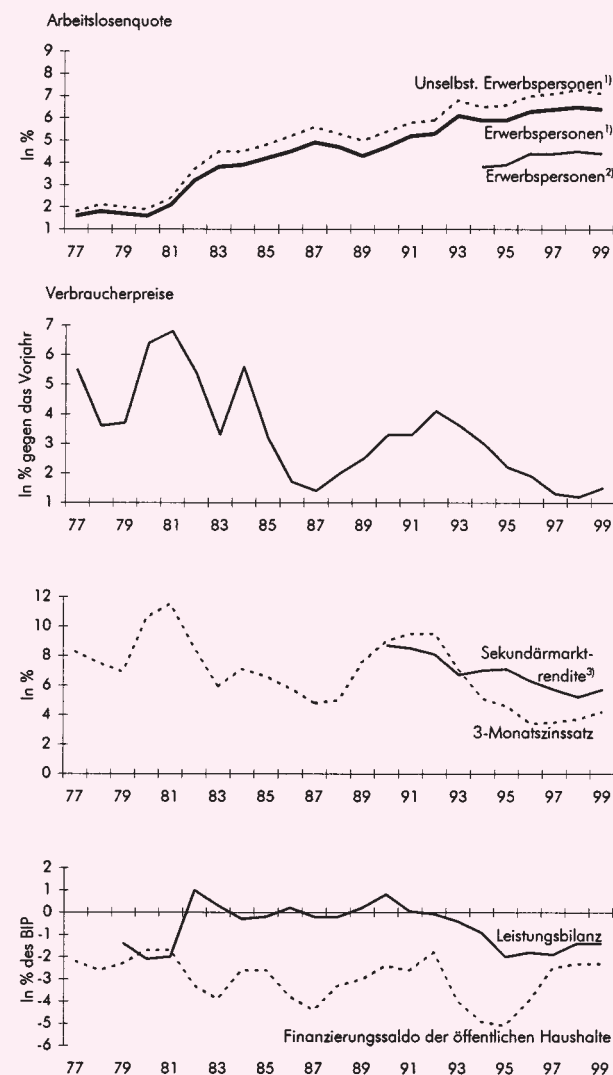
Der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsanstieg beträgt 2% pro Jahr und liegt damit im langfristigen Durchschnitt.

Eine hohe Reagibilität des Arbeitskräfteangebotes in bezug auf die Beschäftigungsentwicklung ist ein typisches Merkmal des österreichischen Arbeitsmarktes. Zur Zeit tritt sie in ungewohnter Stärke auf. Die deutlichen Beschäftigungszuwächse im Dienstleistungsbereich kommen vor allem Frauen zugute, die dem Arbeitsmarkt bisher nicht zur Verfügung standen. Das Arbeitskräfteangebot von Frauen wird zudem durch die Kürzung der Bezugsdauer von Karenzurlaubsgeld auf 1½ Jahre erhöht. Auch das Auslaufen der Sonderunterstützungszahlungen wirkt ähnlich. Aus diesen – primär institutionell bestimmten – Gründen steigt gleichzeitig mit der Beschäftigung die Arbeitslosigkeit. Im Jahresdurchschnitt 1998 werden etwa 240.000 Arbeitslose vorgemerkt sein. Die Arbeitslosenquote beträgt 7,3% der unselbständigen Erwerbspersonen nach traditioneller österreichischer Berechnung bzw. 4,5% der Erwerbspersonen nach international vergleichbarer Messung laut EU Labour Force Survey. Erst für 1999 ist mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Auch die Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen des „nationalen Beschäftigungsplanes“ können dazu beitragen.

ATEMPAUSE IN DER BUDGET-KONSOLIDIERUNG

Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte konnte zwischen 1995 und 1997 mit einer politischen Kraftan-

Wichtige Konjunkturindikatoren



¹⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ²⁾ Laut Eurostat. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (benchmark).

strengung in Form des Konsolidierungspakets von 5% auf 2½% des BIP zurückgeführt werden. Die Budgetsänierung, deren Notwendigkeit sich nicht nur aus den Vorgaben des Maastricht-Vertrages, sondern auch aus steigenden Zinszahlungen und der daraus resultierenden Einengung des wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsspielraums ergab, erfolgte in Form umfangreicher Steuererhöhungen, niedriger Steigerungen der öffentlichen Personalausgaben und merklicher Transferkürzungen. Das Wachstum der verfügbaren Einkommen und des privaten Konsums wurde dadurch vor allem 1997 deutlich gedämpft. Die schmerzhaften, aber erfolgreichen Konsolidierungsanstrengungen ebneten Österreichs Weg in die Währungsunion.

Die Beschleunigung des Beschäftigungs- und Einkommenswachstums läßt nunmehr allmählich in den öffentlichen Haushalten Konjunkturreffekte wirksam werden. Das Lohnsteueraufkommen wird 1998 und 1999 jeweils

um etwa 5% wachsen und erreicht ein neues Rekordniveau, das Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen steigt um 3½%. Die Wirkung der „automatischen Stabilisatoren“ der öffentlichen Haushalte ist im Konjunkturaufschwung defizitmindernd. Dies erweist sich als notwendig und sinnvoll, damit in Rezessionszeiten genügend Mittel zur Gegensteuerung zur Verfügung stehen. Unter diesem Gesichtspunkt fällt auf, daß im Jahr 1999

keine weitere Kürzung der Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte gegenüber 1998 gelingt (jeweils 2,3% des BIP). Die großzügigen Maßnahmen des „Familienpakets“ sind eine Ursache dieser Entwicklung. Der Spielraum für die geplante Steuerreform im Jahr 2000 wurde damit eingeschränkt.

Abgeschlossen am 1. April 1998.